

Antragsbereich	Bildungspolitik	Antragsnummer	LDK-DS 13/18
		Antragsteller	Jürgen Köhler
Thema	„Lehrerausbildung als gesellschaftliche Gesamtaufgabe verankern und ausbauen“		

Antragstext	Zeile	Empfehlung der Antragskommission
Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:		wird nachgereicht
„Lehrerausbildung als gesellschaftliche Gesamtaufgabe verankern und ausbauen“	5	
Die GEW Sachsen-Anhalt setzt sich mit Nachdruck bei Landtag, Landesregierung und den beteiligten Ministerien dafür ein, dass die Versorgung der Schulen im Land durch eine ausreichende Anzahl an vollständig ausgebildeten Lehrkräften abgesichert wird. Dies schließt auch die Ausbildungszahlen an den Universitäten und Staatlichen Seminaren mit ein.	10	
	15	
Für die qualitative Anpassung der Lehrerausbildung an zukünftige Herausforderungen setzt sich die GEW verstärkt in folgenden Bereichen ein:	20	
<ul style="list-style-type: none"> Die LA-Ausbildung soll an Schulstufen (Primarstufe, Sekundarstufe I und II) orientiert sein und 300 ECTS für alle Lehrämter umfassen. 	25	
<ul style="list-style-type: none"> Die anzu gehende inhaltliche Reform der LA-Ausbildung muss Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Mehrsprachigkeit, Heterogenität, Digitalisierung berücksichtigen und in die Curricula integrieren. 	30	
<ul style="list-style-type: none"> Landesregierung und Universitäten sollen Programme für Promotionen in den Bereichen der LA-Ausbildung schaffen und finanzieren. Lehrkräften ist zur Erhöhung der Attraktivität der Weg der Abordnung anzubieten. 	35	
<ul style="list-style-type: none"> Das Bildungsministerium wird aufgefordert, Perspektiven für ein flächendeckendes Mehr-Pädagogen-System zu entwickeln. 	40	
<ul style="list-style-type: none"> Der Quer- und Seiteneinstieg muss von Landesregierung und Bildungsministerium gezielt mit Angeboten zur fachlichen, pädagogischen und didaktischen Fort- und Weiterbildung flankiert werden. Diese sollen Angebote der Universitäten be- 	45	

inhalten und sich zeitlich und organisatorisch in den Schul- und Arbeitsalltag integrieren lassen In jedem Falle müssen die Angebote der Fort- und Weiterbildung zu besoldungsrelevanten Abschlüssen führen.	50	
In quantitativer Hinsicht ergeben sich daraus vor allem folgende Punkte:	55	
<ul style="list-style-type: none"> • In den anstehenden Verhandlungen zu neuen Zielvereinbarungen zwischen der Landesregierung und den Universitäten setzt sich die GEW dafür ein, dass die Lehrerbildung als Schwerpunkt von Lehre und Forschung festgeschrieben und entsprechend budgetiert wird. 	60	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorschläge zur Erhöhung der Attraktivität des Lehramtsstudiums, des Vorbereitungsdienstes und des Lehrerberufs zu unterbreiten. Dies soll mittelfristig Stipendienprogramme für Lehramtsstudierende einschließen. 	65	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Landesregierung soll für die LA-Ausbildung gezielt mehr Personal an den Universitäten und den Staatlichen Seminaren bereitstellen – auch um durch mehr Betreuung und Beratung die Abbrecherquoten zu senken. 	70	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Kürzungen und Mehrbelastungen der letzten Schuljahre etwa bei der Zuweisung und in der Zweiten Phase der Ausbildung sind zurückzunehmen. 	75	
<ul style="list-style-type: none"> • Das Bildungsministerium wird aufgefordert, ein Programm zu entwickeln, um Abiturienten gezielt in ein LA-Studium im Land zu führen. Die Vorstandsbereiche Hochschule/Forschung/Lehrerbildung, Allgemeinbildende Schulen und Berufsbildende Schulen werden beauftragt, diesen Prozess zu begleiten. 	80	
<ul style="list-style-type: none"> • Das Bildungsministerium wird aufgefordert, ein Programm zu entwickeln, um Abiturienten gezielt in ein LA-Studium im Land zu führen. Die Vorstandsbereiche Hochschule/Forschung/Lehrerbildung, Allgemeinbildende Schulen und Berufsbildende Schulen werden beauftragt, diesen Prozess zu begleiten. 	85	
<ul style="list-style-type: none"> • Maßgabe für den Bedarf an Lehrkräften ist eine Unterrichtsversorgung von 105 %. 	90	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Landesregierung wird aufgefordert, Prognosen für die Schülerzahlen jährlich durch unabhängige Experten erarbeiten und fortschreiben zu lassen. 	95	
Begründung:		
Der eingetretene katastrophale Lehrkräftemangel infolge einer verantwortungslosen Kürzungspolitik hat sich seit Anfang des Jahr-	100	

<p>hundreds angekündigt. Entgegen der Warnungen der GEW wurden die Zulassungszahlen für das Lehramtsstudium mit einem scharfen NC, begründet mit abzubauenem Personal, belegt. An der Otto-von-Guericke- Universität Magdeburg wurde die Lehramtsausbildung fast komplett auf das Lehramt für BbS reduziert. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurden in einigen Fächern die Ausbildungskapazitäten in den Fachwissenschaften, Bildungswissenschaften und besonders den Fachdidaktiken durch eine unverantwortliche Personalpolitik immer stärker reduziert. Das führte insbesondere in den MINT-Fächern und im Grundschullehramt zu den Absolventenzahlen, die nun zum massiven Unterrichtsausfall führen.</p>	105	
<p>Die Strategie des Landes, durch Verbeamtung Lehrkräfte aus anderen Bundesländern anzuwerben, erwies sich angesichts des länderübergreifenden Mangels schnell als endlich.</p>	110	
<p>Die Reformen des Vorbereitungsdienstes wurden ebenfalls vordergründig unter dem Aspekt sogenannter „effizienzsteigernder Maßnahmen“ betrieben. Auch hier gab es deutliche zahlenmäßige Reduzierungen der Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.</p>	115	
<p>Zugleich wurden strukturelle und den Anforderungen an moderne Schule entsprechende curriculare Veränderungen sowohl in der universitären Ausbildung als auch im Vorbereitungsdienst nur unzureichend angedacht und schon gar nicht flächendeckend in die Reform der Lehrkräfteausbildung eingebracht.</p>	120	
<p>Die seit ca. zwei Jahren unter dem Druck des Lehrkräftemangels und der politischen Aktivitäten auch der GEW begonnenen Veränderungen brauchen die kritische Begleitung der GEW.</p>	125	
<p>Mit dem vorliegenden Antrag will sie ein Sofortprogramm initiieren, das sich sowohl auf vordringlich anzugehende inhaltliche Reformen als auch die nötigen quantitativen Aufstockungen im Studium und Vorbereitungsdienst richtet. Daher konzentriert sich der Antrag auf Schwerpunkte und strebt deshalb keine programmatische Vollständigkeit an.</p>	130	
<p>Die Antragsteller*innen haben bewusst wegen einer anderen Problemlage auf Aussagen zur Phase des lebenslangen Lernens (Fort- und Weiterbildung) verzichtet.</p>	135	
<p>Der Antrag wurde in der Landesarbeitsgruppe</p>	140	
	145	
	150	
	155	

Lehrerbildung diskutiert.	160	
---------------------------	-----	--